

Bundesrat stimmt gegen Hartz-IV-Reform

Erhöhung der Regelsätze und Bildungspaket umstritten

Die Bundesregierung hat am 17.12.2010 den Vermittlungsausschuss angerufen, nachdem der Bundesrat dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch nicht zugestimmt hat. Entscheidend für den Ausgang der Abstimmung war, dass sich das von einer schwarz-gelb-grünen Koalition regierte Saarland wie angekündigt der Stimme enthielt. Dies wird wie eine «Nein»-Stimme gewertet. In der Länderkammer fehlt Union und FDP nur eine Stimme zur Mehrheit.

Die Forderungen der SPD:

- Das Bildungspaket soll auch für Kinder gelten, deren Eltern arbeiten, aber ein niedriges Einkommen haben.
- Schulsozialarbeiter an jeder Schule in Deutschland, denn ein Gutschein allein reicht nicht aus, um Kinder zu fördern.
- Der Regelsatz muss noch mal neu berechnet werden, da er so verfassungswidrig ist.
- Flächendeckender Mindestlohn, da nur bessere Löhne dafür sorgen werden, dass viele Kinder nicht mehr in Armut leben müssen. Menschen beziehen Hartz IV, obwohl sie arbeiten gehen und Milliarden an Sozialleistungen werden ausgegeben, um damit Löhne aufzustocken.
- Die Reform muss unbürokratisch umgesetzt werden. Frau von der Leyen plant ein Bürokratiemonster und keine Kommune weiß bislang, wie sie das Bildungspaket umsetzen soll.

Nach: SPD-Bundestagsfraktion, Nachrichten 17.12.2010

Der vollständige Text kann von der folgenden Internetseite abgerufen werden:
http://www.spd.de/aktuelles/News/7094/20101217_wir_blockieren_nichts.html

Bitte berücksichtigen Sie, dass ältere Links evtl. keine Verbindung mehr zu den angegebenen Seiten herstellen.